

Vorlage für die Sitzung des Senats am 12. September 2017

„Erleichterungen für Beamte bei der Krankenversicherung“

**Anfrage in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) der
Fraktion der CDU vom 22. August 2017**

Die Abgeordneten Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und die Fraktion der CDU haben für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

Wie viele Bremer Beamte sind derzeit gesetzlich krankenversichert (aufgeteilt nach Bremen und Bremerhaven)?

Wie bewertet der Senat den Vorstoß der Hamburger Bürgerschaft auch die gesetzliche Krankenversicherung für Beamte mit 50 % zu bezuschussen und kommt ein solches Vorgehen für Bremen ebenfalls in Frage?

Welche Kosten würden dem Land jährlich entstehen, wenn die Bezuschussung auch in Bremen praktiziert werden würde?

Der Senat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Derzeit sind in Bremen 1.644 und in Bremerhaven 328 Beamtinnen und Beamte gesetzlich krankenversichert und könnten von einer Beteiligung des Dienstherrn an den Krankenversicherungsbeiträgen betroffen sein.

Zu Frage 2:

Das Hamburger Modell sieht eine Wahlmöglichkeit der Beamten zwischen den Krankenversicherungssystemen vor. Der Senat steht einer Wahlmöglichkeit bezüglich einer Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung unter Beteiligung des Dienstherrn an den Beiträgen positiv gegenüber. Aus diesem Grund ist das Land Bremen auch dem Antrag des Landes Berlin für die Entschließung des Bundesrates zur Stärkung der Gerechtigkeit in der Gesundheitsversorgung durch erste Schritte in Richtung einer Bürgerversicherung vom 22.03.2017 beigetreten. Rechtliche Hindernisse werden nicht gesehen. Die von Hamburg beabsichtigte Einführung einer pauschalen Beihilfe zur Flexibilisierung der Krankheitsvorsorge bedarf insbesondere wegen der Umstellungskosten einer eingehenden Prüfung durch die Senatorin für Finanzen.

Zu Frage 3:

Die Kosten sind derzeit nicht bezifferbar. Hierzu bedarf es entsprechender Modellrechnungen für einen Umstellungszeitraum.